



Grundsätzliches Vorbild einer direkten Demokratie: Schweizer Verfassung ist stark verbesserungsbedürftig!



Die Schweiz ist nur auf dem ersten Blick ein weitgehend vollendeter direkt-demokratischer Staat. Sie hat immer noch erhebliche demokratische Defizite. Das betrifft nicht nur die überflüssige Geheimhaltung der meisten Dokumente zu internationalen Vereinbarungen, sondern auch eine ständige Verletzung von internationalem Privatrecht, dem Völkerrecht und des Datenschutzes aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus.

Dabei wird eine bemerkenswerte Chupze festgestellt, wenn man Schweizer direkt-demokratische Strukturen auf ihre Völkerrechtsverbrechen aufmerksam macht.

Schweizer Behörden geben Deutschen wider besseren Wissens die Staatsangehörigkeit "Bundesrepublik Deutschland", obwohl sie selbst zugeben, zu wissen, dass das nicht richtig ist!

Bitte Rückseite beachten  
 ZEMIS-Nr./No SYMIC/N. SIMIC [redacted]  
 Kant.-Ref.-Nr. / No réf. cant. / N. rif. cant. AR

**Aufenthaltsbewilligung** EG/EFTA  
**gültig für die ganze Schweiz**  
 bis [redacted] 2015 B

Name / Nom / Cognome [redacted]  
 Vorname / Prénom / Nome [redacted]  
 Geburtsdatum/ Date de naissance/ Data di nascita [redacted]  
 Staatsangehörigkeit / Nationalité / Nazionalità  
**Bundesrepublik Deutschland**  
 Wohnort/ Adresse / Indirizzo [redacted]

Auch in der Schweiz greift kein Staatsanwalt dagegen ein, wenn Behörden das Deutsche Volk durch Entzug der tatsächlichen Staatsangehörigkeit mit Bezeichnung des Staates, zu dem es sein Band nach Völkerrecht hat, der Auslöschung ausliefern.

Aufenthaltszweck / But du séjour / Scopo del soggiorno  
 Berechtigt zur Erwerbstätigkeit  
 Das Vorliegen einer tatsächlichen selbstständigen Erwerbstätigkeit kann durch die zuständigen Behörden überprüft werden.

A 211  
 Einreisedatum / Date d'entrée / Data di entrata [redacted] 2010

Bei internationalen Verträgen wie z. B. dem Doppelbesteuerungsabkommen mit der Bundesrepublik wird z. B. direkt gegen die in der Schweiz vorliegende Erkenntnis verstoßen, dass es keine rechtsstaatskonformen Rechtsgrundlagen zur Steuererhebungsberechtigung für die Bundesrepublik im GG gibt: **"Die Besteuerungsmöglichkeit im Verhältnis zum Bürger wird vom GG stillschweigend vorausgesetzt (BVerfGE 55, 274/301)(Jarass/Pieroth, GG, 9. Auflage 2007, Art. 105, Rn. 2)!"** Das ist krasser BVerfG-Unfug! Offensichtlich haben auch die Schweizer begriffen, dass ihre Parteipolitiker oft gierig und dumm sind und wollen deshalb auch internationale Verträge jetzt selbst überprüfen. Wer die Bundestagsabgeordneten bei der Befragung z. B. über ihre Kenntnisse zum Lissabon-Vertrag erlebte, wird das auch in Deutschland begrüßen!

**Artikel 104 (Durch Volksentscheid zu beschließende Gesetzgebungen)**

- (1) Das Prinzip des Volksentscheides nach Schweizer Gepflogenheit wird übernommen.
- (2) Zustimmungspflichtig sind allgemein alle Gesetze mit unmittelbarem, wesentlichem Einfluss auf die persönliche Lebensführung.
- (3) Speziell Gesetze, Verordnungen und internationale Verträge zu den folgenden Sachverhalten sind durch Volksentscheid zustimmungspflichtig:
  - Verfassungsänderungen,
  - Regierungswechsel und Kanzlerneuwahl oder -austausch, bei Verweigerung der Zustimmung sind unverzüglich Neuwahlen einzuleiten und durchzuführen,
  - Aufgabe und Übertragung von Hoheitsrechten,
  - Internationale Verträge und Vereinbarungen
  - Währungsgesetze
  - Gebietsreformen und Neuordnungen des Staatsgebietes,
  - Aufgabe oder Privatisierung gemeinwirtschaftlich notwendiger Strukturen, wie Eisenbahn, Post- und Kommunikationseinrichtungen, Strom-, Wasser- und Entsorgungsleistungen
  - Steuer-, Sozialbeitrags- und Abgabenerhöhungen und Kreditaufnahmen,
  - Abbau von erarbeiteten Besitzständen und Zahlungen an das Ausland,
  - Beschäftigung Heranwachsender, Soziales Jahr und Arbeitsdienst,
  - Verteidigungsfall und ausländischer Einsatz der Streitkräfte,
  - Grundrechte zu Menschenrechten, Freiheiten und Gleichheit.